

Antragsbereich A / Antrag 1/I/2024

AntragstellerInnen: Jusos München

Empfänger: Unterbezirksparteitag

Bundestagsfraktion Landesparteitag Bundesparteitag Bezirksparteitag

1/I/2024: Echte Wiedergutmachung statt Symbolpolitik: Ein neues Abkommen zum Völkermord an den Herero und Nama

1 Die koloniale Vergangenheit Deutschlands wird von der hiesigen Bevölkerung
2 und Politik gerne verdrängt und ignoriert. Die wenigsten wissen, dass noch
3 vor etwas über hundert Jahren das heutige Namibia die Kolonie („Schutzge-
4 biet“) „Deutsch-Südwestafrika“ bildete, und dass sich in dieser Kolonie der
5 erste Völkermord des 20. Jahrhunderts ereignete. Die ethnischen Gruppen
6 der Herero und Nama begannen 1904 einen Aufstand gegen das deutsche
7 Kolonial-Regime, da ihnen weiße Siedler*innen Land wegnahmen und somit
8 ihre Lebensgrundlage gefährdeten. Viele Herero und Nama mussten für die
9 neuen Herren sklavenähnlich auf Land arbeiten, das ihnen zuvor selbst gehörte.
10 Der Aufstand wurde von den deutschen Schutztruppen unter Generalleutnant
11 Lothar von Trotha bis Ende 1904 militärisch niedergeschlagen. Darüber hinaus
12 wurden die Herero und Nama in die Omaheke-Wüste getrieben und am Verlas-
13 sen der Wüste gehindert. Dort starben viele von ihnen an Durst und Hunger.
14 Es war das bewusste Ziel von Trothas und seiner Befehlshaber, die Herero und
15 Nama als Volksgruppen auszulöschen. Gefangene Herero und Nama wurden in
16 Konzentrationslager gesperrt. Zwangsarbeit, Krankheiten, Unterernährung und
17 die katastrophalen hygienischen Verhältnisse dort forderten weitere zahlreiche
18 Opfer. Es wird geschätzt, dass um die 100.000 Herero und Nama 1904 bis 1908
19 ums Leben kamen. 2015, nach über hundert Jahren, begannen Verhandlungen
20 zwischen der deutschen Bundesregierung und der Regierung von Namibia über
21 ein Abkommen zur Wiedergutmachung des Völkermords. Dieser Vertrag wurde
22 2021 fertiggestellt und soll Zahlungen von 1,1 Milliarden Euro, den Aufbau einer
23 Erinnerungstiftung und eine offizielle Entschuldigung Deutschlands umfassen.
24 Der Vertrag wurde aber nur mit der Regierung von Namibia verhandelt, nicht
25 aber mit den Opfer-Vertretungen der Herero und Nama selbst. Diese Verbände
26 protestieren daher gegen die Ratifizierung des Vertrages durch das namibische
27 Parlament. Sie kritisieren auch, dass die Anerkennung des Völkermords nur
28 „historisch“ vollzogen wird, nicht aber juristisch – denn das würde Schadenser-
29 satzforderungen nach sich ziehen und wäre ein Präzedenzfall für die Sühnung
30 anderer Kolonialverbrechen. Genau das ist aber zu erreichen. Wir fordern die
31 Bundesregierung auf, die Vertragsverhandlungen noch einmal zu öffnen und die
32 Verbände der Herero und Nama einzubeziehen. Der Völkermord muss endlich

33 auch als solcher juristisch anerkannt werden! Der neue Vertrag kann dann als
34 Vorbild dienen für weitere Verhandlungen mit Tansania, Burundi, Ruanda und
35 Mosambik sowie Verbänden der Nachfahren von Opfern des Maji-Maji-Aufstands
36 im damaligen Deutsch-Ostafrika. Verschiedene ethnische Gruppen hatten da-
37 mals den Krieg gegen die deutschen Besatzer*innen begonnen, der ebenfalls
38 mit äußerster Gewalt niedergeschlagen wurde und zehntausende Opfer forderte.

39

40 Vor Kurzem war Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Tansania, um sich
41 für die deutschen Kolonialverbrechen, insbesondere die blutige Niederschlagung
42 des Maji-Maji-Aufstandes, im Namen Deutschlands zu entschuldigen. Dies ist
43 ein erster Schritt, aber es darf nicht der letzte sein.

44

45 Daher fordern wir:

46

- 47 • Erneute Öffnung der Vertragsverhandlung zwischen der Bundesrepublik und
48 Namibia, Einbeziehen der Opferorganisationen und Verbände der Herero und
49 Nama.
- 50 • Juristische Anerkennung des Völkermords
- 51 • Eröffnung von Verhandlungen mit den Nachfolgestaaten von Deutsch-
52 Ostafrika (Tansania, Burundi, Ruanda und Mosambik) und den Verbänden der
53 Nachfahren der Opfer des Maji-Maji-Aufstandes 1905-1907 für ein gleichwer-
54 tiges Abkommen
- 55 • Beziehungen auf Augenhöhe mit allen Nachfolgestaaten deutscher Kolonien,
56 Sühnung von kolonialem Unrecht in deutschen Namen